

Preussische Gesetzsammlung

Jahrgang 1915

Nr. 18.

(Nr. 11412.) Eisenbahnanleihegesetz. Vom 26. März 1915.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.,
verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtags der Monarchie,
was folgt:

§ 1.

Die Staatsregierung wird ermächtigt, zur Erweiterung, Vervollständigung
und besseren Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes sowie zur Beteiligung des
Staates an dem Bau von Kleinbahnen die folgenden Beträge zu verwenden:

I. zur Herstellung einer Haupteisenbahn

von Riesenburg nach Miswalde, und zwar:

a) zum Bau	12 120 000	Mark,
b) zur Beschaffung von Fahrzeugen in Folge des Baues dieser Eisenbahn	638 000	„
zusammen	12 758 000	Mark,

II. zur Herstellung des dritten und vierten Gleises auf den Strecken:

1. Berlin-Luckenwalde, Grunderwerb	4 000 000	Mark,
2. Hamm i. W.-Wunstorf, weitere Kosten	2 320 000	„
zusammen	6 320 000	„

III. zu nachstehenden Bauausführungen:

1. Ausbau der Haupteisenbahn von Lilpar nach dem Ahrtal (Dernau) durch Herstellung einer Abzweigung von Ringen nach Neuenahr	4 110 000	Mark,
Seite	4 110 000	Mark
	19 078 000	Mark

Übertrag . . . 4 110 000 Mark, 19 078 000 Mark;

2. Zur Deckung der Mehrkosten für bereits genehmigte Bauausführungen, und zwar:

a) der Eisenbahn von (Kreuzthal) Weidenau nach Dillenburg . . .	2 873 000	»
b) der Eisenbahn von Alhrdorf nach Blankenheim Wald (früher Blankenheim [Eifel])	500 000	»
c) der Eisenbahn von Merseburg nach Zöschen	698 000	»
d) des dritten und vierten Gleises auf der Strecke Hengstey-Schwerte	320 000	»
e) des zweiten Gleises auf der Strecke Lürkismühle-Ronnweiler	70 000	»
f) der besonderen Vorortgleise der Berlin-Stettiner Bahn auf der Strecke Berlin (Gesundbrunnen)-Bernau	580 000	»
g) des zweiten Gleises auf der Strecke Wemmetzweiler-Primsweiler . .	371 000	»
h) des dritten und vierten Gleises auf der Strecke Haiger-Dillenburg	475 000	»
i) der Verbindungsbahn zwischen Rüdeshheim (Geisenheim) und Sarnsheim (Ockenheim) — Teilstrecken auf preussischem Gebiete —	2 797 000	»
	<hr/>	
	zusammen	12 794 000 » ;

IV. zur Beschaffung von Fahrzeugen für die bestehenden Staatsbahnen 174 600 000 » ;

V. zur weiteren Förderung des Baues von Kleinbahnen 1 500 000 »

insgesamt 207 972 000 Mark.

Über die Verwendung des Fonds zu V wird dem Landtag alljährlich Rechenschaft abgelegt werden.

§ 2.

Zu den Kosten der im § 1 unter Ia und III 2i vorgesehenen Bauten sind vom Reiche folgende unverzinsliche, nicht rückzahlbare Barzuschüsse zu leisten:

- a) bei Ia (Bahnbau Riesenburg-Miswalde) von $\frac{1}{8}$ der auf Grund der ausführlichen Vorarbeiten noch festzustellenden anschlagmäßigen Baukosten. Letztere sind vorläufig zu 12 120 000 Mark, der Beitrag des Reichs mithin vorläufig zu 4 040 000 Mark ermittelt;

- b) bei III 2i (Mehrkosten der Verbindungsbahn zwischen Rüdelsheim [Geisenheim] und Sarnsheim [Ockenheim] — Teilstrecken auf preussischem Gebiet ohne die Verbindungsbahn nach Geisenheim —) von 75 Prozent der anschlagsmäßigen Mehrkosten. Letztere sind vorläufig zu 2 532 000 Mark, der Beitrag des Reichs mithin vorläufig zu 1 899 000 Mark ermittelt.

§ 3.

Die Staatsregierung wird ermächtigt, zur Deckung der Mittel für die im § 1 unter I und III vorgesehenen Bauausführungen und Beschaffungen im Betrage von 25 552 000 Mark die Beiträge des Reichs gemäß § 2 von vorläufig..... 5 939 000 „ mitzuverwenden.

Für den alsdann noch zu deckenden Restbetrag im § 1 Nr. I und III von vorläufig..... 19 613 000 Mark sowie zur Deckung der Mittel für die im § 1 unter II, IV und V vorgesehenen Bauausführungen und Beschaffungen usw. im Betrage von 182 420 000 Mark sind Staatsschuldschreibungen auszugeben.

An Stelle der Schuldschreibungen können vorübergehend Schatzanweisungen ausgegeben werden. Der Fälligkeitstermin ist in den Schatzanweisungen anzugeben. Die Staatsregierung wird ermächtigt, die Mittel zur Einlösung dieser Schatzanweisungen durch Ausgabe von neuen Schatzanweisungen und von Schuldschreibungen in dem erforderlichen Nennbetrage zu beschaffen. Die Schatzanweisungen können wiederholt ausgegeben werden.

Schatzanweisungen oder Schuldschreibungen, die zur Einlösung von fällig werdenden Schatzanweisungen bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatsschulden auf Anordnung des Finanzministers vierzehn Tage vor dem Fälligkeitstermine zur Verfügung zu halten. Die Verzinsung der neuen Schuldpapiere darf nicht vor dem Zeitpunkte beginnen, mit dem die Verzinsung der einzulösenden Schatzanweisungen aufhört.

§ 4.

Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuße, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kursen die Schatzanweisungen und die Schuldschreibungen verausgabt werden sollen (§ 3), bestimmt der Finanzminister.

Im übrigen sind wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869, betreffend die Konsolidation preussischer Staatsanleihen (Gesetzsamml. S. 1197), des Gesetzes vom 8. März 1897, betreffend die Tilgung von Staatsschulden, (Gesetzsamml. S. 43) und des Gesetzes vom 3. Mai 1903, betreffend die Bildung eines Ausgleichsfonds für die Eisenbahnverwaltung, (Gesetzsamml. S. 155) anzuwenden.

§ 5.

Jede Verfügung der Staatsregierung über die im § 1 unter I bis III bezeichneten Eisenbahnen und Eisenbahnteile durch Veräußerung bedarf zu ihrer Rechtsgültigkeit der Zustimmung beider Häuser des Landtags.

Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf die beweglichen Bestandteile und Zubehörungen dieser Eisenbahnen und Eisenbahnteile und auf die unbeweglichen insoweit nicht, als sie nach der Erklärung des Ministers der öffentlichen Arbeiten für den Betrieb der betreffenden Eisenbahnen entbehrlich sind.

§ 6.

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insegel.

Gegeben Großes Hauptquartier, den 26. März 1915.

(L. S.) Wilhelm.

v. Bethmann Hollweg. Delbrück. v. Tirpitz. Beseler. v. Breitenbach.
Sydow. v. Trott zu Solz. Frhr. v. Schorlemer. Lenze. v. Voebell.
v. Jagow. Wild v. Hohenborn. Helfferich.